

-s p e r r f r i s t 27.3: 19.30 uhr-

bundeskanzler sendung 1

w i e n, 27.3. (apa) - der beginn der offiziellen verhandlungen mit der ewg und die ereignisse der abgelaufenen woche im zusammenhang mit den beamtenforderungen waren die themen der rundfunkrede, die bundesminister dr. b o c k heute in vertretung des bundeskanzlers in der 'sendung des bundeskanzler' behandelte. (dr. klaus, der gestern spaet abends aus jugoslawien zurueckgekehrt ist, hat sich nach innsbruck begeben, wo er an den feiern anlaesslich der verleihung des europapreises 1964 an die stadt innsbruck teilnimmt.

das es nach mehr als dreijaehriger wartezeit nun endlich doch gelungen ist, die grosse europaeische wirtschaftsgemeinschaft zur aufnahme von verhandlungen mit oesterreich zu bewegen, bezeichnete minister dr bock als den erfolg einer auf ein ziel ausgerichteten politik der bundesregierung. ich habe, fuegte er hinzu, als der mit dieser aufgabe betraute ressortminister dazu zwei feststellungen zu treffen: es wird oftmals darueber gesprochen, dass in der integrationspolitik bedeutende gegensaeetze zwischen den beiden regierungsparteien bestuenden. nun ist es sicher so, dass die diskussionen ueber das an sich sehr schwierige integrationsproblem und die dabei zum ausdruck kommenden auffassungen nicht immer einheitliche sind. vor allem musste man zu beginn dieser diskussionen eine starke abneigung gegen die ewg innerhalb der sozialistischen partei registrieren, waehrend die erkenntnis wirtschaftlicher tatsachen innerhalb der volkspartei von haus aus keinen zweifel an der notwendigkeit eines wirtschaftlichen arrangements mit der ewg liessen.

die aussenpolitik - und die integrationsfrage ist, wie ich eben zitiert habe, ihre vordringlichste aufgabe - kann nur auf grund von ministerratsbeschluesen gemacht werden, d.h., dass alle aussenpolitischen aktionen auf beschluesse des ministerrates zurueckgehen muessen, ministerratsbeschluesse muessen aber bekanntlich einstimmig gefasst werden. das seinerzeitige schreiben der bundesregierung vom 15. dezember 1961,

...

14004

... 1961.

mit dem um aufnahme von verhandlungen in bruessel ersucht wurde, war ebenso das ergebnis eines ministerratsbeschlusses, wie die vom aussenminister in bruessel abgegebene erklaerung vom 28. juli 1962, ebenso mussten alle bemuehungen des seit april 1963 zustaeudigen handelsministers um die aufnahme dieser verhandlungen in voller uebereinstimmung mit dem ministerrat stehen, ebenso wie der ministerrat die von mir abgegebene erklaerung vom vergangenen freitag zur kenntnis genommen und die verhandlungsdelegation bestellt hat. die bundesregierung holt sich ausserdem in halbjaehrigen abstaenden die bestaetigung ihrer integrationspolitik durch das parlament in form der integrationsberichte. das besagt, dass die oesterreichische integrationspolitik eine e i n h e i t l i c h e ist. die grundzuege, nach denen nun von oesterreichischer seite in bruessel vorzugehen sein wird, sind im 9. integrationsbericht der bundesregierung verankert, der vom national- und bundesrat einstimmig zur kenntnis genommen wurde. (forts)

1216+sb+

-bitte sperrfrist beachten -